

PRESSESPIEGEL

der CDU in Pankow

Dezember 2024

+++ CDU hält Künstler-Proteste gegen Einsparungen für „Theater-

Donner“ +++

+++ Kürzungen im Verkehrsbereich: Hier wollen SPD und CDU

nachsteuern+++

+++ Gerechte Verteilung auf alle Bezirke +++

+++ Elisabeth-Aue: Die konkreten Pläne für das neue Riesen-Quartier +++


+++ Ab 16. Dezember fährt der Kiezbus +++

+++ Wohnungsbau statt Kleingarten-Park: Dieser Wunschtraum platzt +++

Datum: 03.12.2024	Medium: Berliner Woche
Berliner Woche	Autor: Manuela Frey Thema: Manuela Anders-Granitzki

Sukkulenten haben Schmierläuse

Blankenfelde. Im Sukkulententurm des Botanischen Volksparks Blankenfelde wurde kürzlich ein akuter Befall durch Schmierläuse (Pseudococcidae) festgestellt. Um eine weitere Ausbreitung des Schädling zu verhindern und die Bestände langfristig zu schützen, werden umfassende Schädlingsbekämpfungsmaßnahmen durchgeführt. Diese Maßnahmen basieren auf einer fachlichen Einschätzung, die in enger Zusammenarbeit mit dem Pflanzenschutzamt Berlin getroffen wurde. „Im Rahmen dieser Maßnahmen werden betroffene Pflanzen entnommen, die den Befall leider nicht überstanden haben“, erklärt **Manuela Anders-Granitzki** (CDU), Stadträtin für Ordnung und Öffentlicher Raum. „Dies führt perspektivisch zu einer notwendigen Umgestaltung des Sukkulentengewächshauses. Dabei werden wir ein besonderes Augenmerk darauflegen, die Sammlung von Sukkulenten nachhaltig zu bewahren. Über den Abschluss der Arbeiten und das zukünftige Konzept des Gewächshauses werden wir zeitnah informieren“, so die Stadträtin weiter. **my**

Datum: 04.12.2024	Medium: Berliner Zeitung
	Autor: Stefan Peter
	Thema: Dirk Stettner

DEUTSCHE HAUSHALT

CDU hält Künstler-Proteste gegen Einsparungen für „Theater-Donner“



Alles nur „Theater-Donner“? Mit einem Trauermarsch protestierten Künstler vor dem Roten Rathaus gegen geplante Einsparungen Foto: Getty Images

Die Berliner Kulturszene geht auf die Barrikaden, weil sie kommendes Jahr über 100 Millionen Euro einsparen soll. CDU-Fraktionschef **Dirk Stettner** (55) hält die Proteste für „Theater-Donner“. Er fordert die Kulturbetriebe auf, effizienter zu arbeiten.

Die schwarz-rote Koalition plant für 2025 Einsparungen von rund drei Milliarden Euro im Berliner Haushalt, auch vor Museen, Opern und Theatern macht der Spar-Hammer nicht halt. Bei den Beratungen über den neuen Etat hatte der mächtige Fraktions-Boss viel Einfluss. Vom Aufschrei nach Verkündung der Kürzungen ist er nicht überrascht.

„Ein gewisses Maß an Theater-Donner“

Alle Beteiligten würden „ein Stückchen weit ihre Rolle“ spielen. „Dazu gehört auch ein gewisses Maß an [Theater-Donner](#)“, so Stettner zur B.Z. „Damit will ich die Sorgen und Ängste keinesfalls kleinreden. Andererseits kennen die Mitarbeiter anderer Branchen auch Sorgen, wenn es dem Betrieb nicht gut geht.“

Zudem seien die Einsparungen keine Überraschung. „Wir reden seit einem Jahr davon, dass wir in allen Bereichen mindestens zehn Prozent reduzieren müssen. Das wussten auch im Kulturbereich alle.“

Es sei nicht darum gegangen, mit der Abrissbirne durch die Kultur zu laufen. „Diese Koalition hat den Kultur-Etat zum ersten Mal auf eine Milliarde Euro angehoben im Jahr 2024.“ Man habe lediglich eine weitere Anhebung für 2025 (um 120 Millionen) zurückgenommen. „Das heißt – wir haben im Grunde gar nicht gestrichen. Und es bleibt auch danach so, dass es in Berlin niemals mehr Geld für Kultur gab.“



Dirk Stettner ist Chef der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus Foto: picture alliance/dpa

Die Kulturbetriebe argumentieren, dass sie eine Erhöhung benötigen, um Tarifierhöhungen aufzufangen. „Es ist doch eine Entscheidung der Kulturbetriebe, wann sie Gehälter erhöhen können“, so Stettner. „Es ist ja kein Automatismus, dass immer alle mehr Geld bekommen müssen. Man muss schon gucken, ob man auch die Einnahmen dafür hat.“

Stettner fordert: „Kultur muss endlich effizienter betrieben werden. Das ist in den letzten Jahren sträflich vernachlässigt worden.“ Kulturbetriebe sollten Partnerschaften mit Sponsoren eingehen. „Privates Geld zum Wohle aller zu nutzen, darauf zu verzichten wäre ziemlich doof.“

Datum: 04.12.2024	Medium: Berliner Woche
Berliner Woche	Autor: Manuela Frey Thema: Lars Bocian

Wunschbäume aufgestellt



Der Pankower CDU-Abgeordnete Lars Bocian hat erstmals auch einen Weihnachtswunschbaum mit Wunschsternen der Björn Schulz Stiftung in der Bibliothek des Vereins "Leben in Wilhelmsruh" e.V. aufstellen können.


Foto: privat

hochgeladen von [Manuela Frey](#)

Französisch Buchholz. Neben dem festlich geschmückten Weihnachtswunschbaum im Bürgerbüro in der Berliner Straße 5 hat der Pankower CDU-Abgeordnete **Lars Bocian** in diesem Jahr erstmals auch einen Weihnachtswunschbaum mit Wunschsternen der Björn-Schulz-Stiftung in der Bibliothek des Vereins "Leben in Wilhelmsruh" e.V. in der Hauptstraße 32 in Wilhelmsruh aufstellen können. Jeder, der

etwas Gutes tun möchte, kann zu den Öffnungszeiten der Bibliothek (Mo/Di/Do 14 bis 19 Uhr, Mi/Fr/Sa 10 bis 13 Uhr) vorbeikommen, einen Stern mit einem Weihnachtswunsch vom Baum pflücken und diesen erfüllen. Die Aktion läuft von bis Dienstag, 17. Dezember. „Wie bereits in den vergangenen Jahren wollen wir mit unserer Wunschbaumaktion wieder Kinder und Familien unterstützen, die eine schwere Zeit erleben müssen und sich über jedes Geschenk freuen“, so **Lars Bocian**. „Jeder, der einem Kind einen Herzenswunsch erfüllen möchte, ist herzlich eingeladen.“

my

Datum: 04.12.2024	Medium: Tagesspiegel
DER TAGESSPIEGEL 	Autor: Simon Schwarz Thema: Johannes Kraft



T+ Der Preiskampf um Berlin Retten Mindestpreise für Uber und Bolt das Taxi-Gewerbe?

Die Berliner Taxifahrer sind wütend: Sie kämpfen um Mindestpreise, die das „Preisdumping“ der Mietwagen beenden sollen. Ist die Politik bereit, einzugreifen? SPD und CDU sind sich uneinig.

Johannes Kraft, gegenüber. „Die Aufgabe von Politik ist, einen Rahmen zu setzen, alles andere überlassen wir dem Markt“, sagt Kraft

Lieber Leser,

ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

<https://www.tagesspiegel.de/berlin/berliner-wirtschaft/der-preiskampf-um-berlin-retten-mindestpreise-fur-uber-und-bolt-das-taxi-gewerbe-12811835.html>

Datum: 04.11.2024	Medium: Berliner Morgenpost
Berliner Morgenpost	Autor: Jessica Hanack Thema: Johannes Kraft

Kürzungen im Verkehrsbereich: Hier wollen SPD & CDU nachsteuern



Beim Ausbau der Radinfrastruktur in Berlin soll nach Plänen des Senats gespart werden. Das könnte sich nun noch mal ändern.

Berlin. Koalition kündigt an, Kürzungen bei Sicherheit, Rad- und Fußverkehr zu überprüfen. Verwaltung hält einige Einsparungen für nicht umsetzbar.


„Wir werden an wesentlichen Punkten versuchen, Dinge zu verändern“, sagte der verkehrspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, **Johannes Kraft**

Dabei benannte er explizit die **Verkehrssicherheit**, den Fußverkehr und das öffentliche Fahrradverleihsystem, für das die Mittel komplett gestrichen werden sollten. Auch die Verbesserung des **Radverkehrs** werde „eine Priorität haben“, so **Kraft**.

Lieber Leser,

ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

<https://www.morgenpost.de/berlin/article407825049/kuerzungen-im-verkehrsbereich-hier-wollen-spd-und-cdu-nachsteuern.html>

Datum: 04.12.2024	Medium: rbb Abendschau
	Autor: Thema: Dirk Stettner

Berliner Haushalt

CDU und SPD nehmen Kürzung bei Tarifvorsorge zurück

Mi 04.12.24 | 17:45 Uhr



Audio: rbb24 Inforadio | 04.12.2024 | Boris Hermel | Bild: dpa/Bernd von Jutrczenk

Die schwarz-rote Koalition nimmt eine der umstrittensten Kürzungen für das nächste Jahr wieder zurück: Knapp 48 Millionen Euro für die Tarifvorsorge für freie Träger werden doch wieder in den Haushalt eingestellt. Das bestätigten CDU-Fraktionschef Dirk Stettner sowie die SPD-Vorsitzenden Nicola Böcker-Giannini und Martin Hikel dem rbb.

Im ursprünglichen Entwurf für den Nachtragshaushalt hatte der Senat den zentralen Haushaltstitel für die Tarifvorsorge bei freien Trägern in Höhe von 50 Millionen Euro komplett gestrichen. Bei freien Trägern und anderen Zuwendungsempfängern im Kulturbereich und bei Sozialprojekten stieß diese Kürzung auf massiven Protest. Ihre Befürchtung: Entweder müssten sie ihre Mitarbeitenden unter Tarif bezahlen oder Stellen abbauen, um die Tarife einzuhalten.

"Signal der Planungssicherheit"

Auch unter dem Eindruck der Kritik haben CDU und SPD entschieden, nun doch 47,9 Millionen Euro zusätzlich auf genau die Senatsressorts zu verteilen, von deren Förderung die freien Träger abhängig sind. Die größten Teile der Summe gehen an die Bezirke, die Bildungs- und die Kulturverwaltung.

Die Koalition sende damit "ein wichtiges Signal der Planungssicherheit" an alle Einrichtungen, so die SPD Vorsitzenden Nicola Böcker-Giannini und Martin Hikel. Die Lage des Landeshaushalts dürfe sich nicht auf soziale Sicherheit und Tarifbindungen auswirken. CDU-Fraktionschef Dirk Stettner betonte, dass durch die zusätzlichen Mittel keine neuen Löcher anderswo im Haushalt gerissen würden. "Damit beenden wir die Unsicherheit für die freien Träger."

Datum: 06.12.2024	Medium: Taxi Times
	Autor: Axel Rühle Thema: Johannes Kraft

DEMO IN BERLIN: VIEL KAMPFGEIST UND ZUVERSICHT, WENIG POLITIKER

von [Axel Rühle](#)

[6. Dezember 2024](#)

Die Stimmung am Donnerstagmorgen war trotz früher Uhrzeit und ungemütlichen Wetters gut. Außer Tino Schopf, Kristian Ronneburg, Raed Saleh, Maik Penn und Johannes Kraft waren kaum Politiker zu sehen.



Es waren Taxis aller Größen, Altersklassen und Antriebsarten zu sehen.

Die Taxifahrer-Demo vor dem Abgeordnetenhaus von Berlin war von Michael Klewer mit Hilfe von Sonja von Rein, Klaus Meier und weiteren Taxiunternehmern und Gewerbevertretern gut organisiert worden. Einer der ersten, den die Teilnehmer gegen 9 Uhr zu sehen bekamen, war für viele ein alter Bekannter: Lothar Kubig, Ehrenmitglied der Berliner Taxi- „Innung“ und weit über 80, betätigte sich persönlich als Einweiser.



Gewerbevertreter verschiedener Verbände waren vor Ort: vorne rechts Ralf Titzmann, daneben Irene Jaxtheimer, Ahmad Vahdati, Boto Töpfer und Hermann Waldner (v.r.n.l.)

Nach und nach trafen sowohl Teilnehmer mit ihren Taxis ein als auch etliche Gewerbevertreter, unter anderem vom Bundesverband Taxi und Mietwagen e. V. (BVTM), von Taxi Deutschland Berlin e. V., dem Taxiverband Berlin, Brandenburg e. V., der „Innung“ des Berliner Taxigewerbes e. V. und der Facebook-Gruppe „Taxi Gruppe Berlin“, außerdem von der Funkgesellschaft Taxi Berlin und von der Gewerkschaft ver.di. Auch Pressevertreter, zum Teil von überregionalen Medien, waren vor Ort.



Johannes Kraft (CDU) wurde interviewt.

Die Rechnung, dass die Abgeordneten auf dem Weg zur Plenarsitzung, die um 10 Uhr begann, durch die Demo müssten, ging nur zum Teil auf: Da vor dem Landesparlament des Öfteren demonstriert wird, ist es üblich, dass der Zugang zum hohen Haus mit Absperrgittern freigehalten wird. Einige Politiker, die sich nicht ohnehin unter die Demo-Teilnehmer gemischt hatten, sahen sich das Treiben aber zumindest interessiert an, sprachen mit

Demonstranten oder ließen sich interviewen – wie etwa Johannes Kraft, der verkehrspolitische Sprecher der CDU-Fraktion.



Taxiunternehmer Hilmar Werner (Mitte) übergab dem Vorsitzenden des Petitionsausschusses, Maik Penn (CDU) und Ausschussmitglied Aldona Maria Niemczyk (CDU) die von ihm initiierte Petition. Foto: Petitionsausschuss des Abgeordnetenhaus

Kraft sagte, seine Fraktion habe mit dem Taxigewerbe die Festpreise vorangetrieben, da man keinen Verdrängungswettbewerb wolle, der zu einem Monopol und steigenden Preisen führe.

Am Rande der Demo übergab Einzelunternehmer Hilmar Werner seine Petition für Mindesttarife an Maik Penn (CDU), den Vorsitzenden des Petitionsausschusses. Stefan Kamarys, ehemaliger Taxiunternehmer und heute Berater im Berliner Arbeitslosenzentrum e. V. (BALZ), war mit einem „Beratungs-Bus“ zur Demo gekommen und hatte die ver.di-Vertreter Andreas Komrowski und Klaus Meier, den Berliner „Taxi-Soziallotsen“ und Taxifilmfestival-Initiator, mitgebracht.



Stefan Kamarys mit Beratungs-Bus

Vom Bundesverband Taxi und Mietwagen waren Vizepräsident Hermann Waldner, Geschäftsführer Michael Oppermann und Journalist Matthias Tüxen gekommen. Waldner ist

zugleich Inhaber der Taxifunkgesellschaft Taxi Berlin (von der auch Jens Schmiljun gekommen war) und Vorsitzender des Berliner Landesverbandes Taxi Deutschland e. V., von dem auch Irene Jaxtheimer und Ahmad Vahdati anwesend waren. Der Taxiverband Berlin Brandenburg war durch den Vorsitzenden Boto Töpfer vertreten, begleitet von den ehemaligen Vorständen Holger Pätzeldt und Ralf Titzmann. Von der Berliner Taxi-„Innung“ waren der Erste Vorsitzende Leszek Nadolski, Halteplatz-Koordinator Danielo Baltrusch und Ex-Vorstand Lothar Kubig gekommen.



Erkan Özmen (links) hatte nicht nur zahlreiche Mitglieder seiner Facebook-Gruppe, sondern auch seinen Sohn von der Teilnahme an der Demo überzeugt.

Auch die Demo-Initiatoren Sonja von Rein und Michael Klewer sind „Innungs“-Mitglieder, Klewer außerdem wie Boto Töpfer IHK-Vertreter. Taxi-Gruppe-Berlin-Inhaber Erkan Özmen hatte mit seinem Sohn den wohl jüngsten Demonstranten mitgebracht – und zahlreiche Gruppenmitglieder. Auch Free-Now-Präsident Alexander Mönch war wieder anwesend.



Danielo Baltrusch im Gespräch mit Kristian Ronneburg

Neben den Politikern Tino Schopf und Kristian Ronneburg, die sich bekanntermaßen für das Taxigewerbe engagieren, besuchte diesmal auch SPD-Fraktionschef Raed Saleh die Demonstration und sprach mit den Gewerbevertretern.

Gegen 9:45 Uhr eröffnete Moderator Timuçin Çampınar die Kundgebung, sprach einige warme Worte zur Begrüßung und gegen das noch ungemütliche Wetter und übergab das Mikrophon an Michael Klewer, der die Demonstration angemeldet hatte.

Klewer dankte den Teilnehmern für das frühe Erscheinen und erinnerte an den legendären Ausspruch „ein Arschloch namens Taxi“ vom Fahrdienst Uber aus dessen Anfangszeit. Zur heutigen Situation stellte Klewer fest: „Wir sind noch da und wir werden weiter kämpfen.“ Taxi sei das Original und werde sich nicht von Kriminellen aus seinem Revier vertreiben lassen. Die Genehmigungsbehörde habe sich dazu bewegen lassen, bei Neuanmeldungen und

Konzessionsverlängerungen sehr viel genauer hinzusehen als früher. Dazu habe maßgeblich der nächste Redner beigetragen, der sich seit Jahren engagiere: Tino Schopf, verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, der so einige Skandale aufgedeckt habe. „Es gibt Politiker, die reden nur, und es gibt die Macher, und Tino hat gemacht.“



Michael Klewer

Tino Schopf wies zunächst darauf hin, dass sein Parlamentskollege Kristian Ronneburg von der Linken sich ebenso engagiert für das Taxigewerbe einsetze und man gemeinsam sowohl

in Zeiten der Koalition als auch jetzt, da Ronneburg der Opposition angehört, sehr gut zusammenarbeite. Schopf lobte seinerseits das Engagement des Taxigewerbes und nannte erzielte Erfolge: Die Zahl der in Berlin zugelassenen Mietwagen sei von rund 6.500 (darunter 2.000 ganz illegale) auf rund 3.000 zurückgegangen. Er sprach von Organisierter Kriminalität – eine Formulierung, die auch die Genehmigungsbehörde, das Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten (LABO), explizit verwende. „Diesen Verbrechern muss das Handwerk gelegt werden. Der kriminelle Sumpf muss ein für allemal in Berlin trockengelegt werden.“ Dies sei bereits im Gange.

Das LABO werde bis Jahresende voraussichtlich sämtliche Betriebssitze von Mietwagenunternehmen überprüft haben. Der Kontrolldruck sei hoch. Das veranlasse Unternehmer zunehmend zum Umzug in das Umland. Darauf habe Verkehrssenatorin Ute Bonde (CDU) schnell reagiert und die Verwaltungen der umliegenden Landkreise in Zusammenarbeit mit dem Bundesverband sensibilisiert. Schopf dankte LABO-Direktorin Kirsten Dreher, dass sie „das Problem zur Chefin-Sache gemacht“ habe. In der Behörde habe ein Umdenken stattgefunden. Es werde jetzt wesentlich genauer hingeschaut und kontrolliert. Schopf dankte auch Medien wie rbb und Tagesspiegel, deren Journalisten mit ihren investigativen Recherchen zur Aufdeckung krimineller Netzwerke beigetragen und zu staatsanwaltlichen Ermittlungen geführt hätten.

Kristian Ronneburg, verkehrspolitischer Sprecher der oppositionellen Linke-Fraktion, sprach von zahlreichen Anhörungen zum Thema Taxi und Uber in der laufenden Legislaturperiode. „Wir haben keinen Erkenntnismangel in Berlin, wir haben einen Umsetzungsmangel. Den muss man ganz klar benennen [...] und Druck machen – im Parlament und auf der Straße.“ Man sei noch nicht am Ziel angelangt. Das Durchsetzungsdefizit beim LABO müsse entschieden angegangen werden – was heute allerdings deutlich mehr der Fall ist als in den letzten zwei Legislaturperioden, in denen seine Partei mitregierte. Betreffs Mindesttarif für Mietwagen könne Berlin sich ein gutes Beispiel an Leipzig nehmen, wo dieser bereits vor drei Jahren eingeführt wurde. Er könne die Ausreden der Behörden nicht mehr hören, dass man befürchte, von der Mietwagenbranche beklagt zu werden.

Natürlich werde Leipzig beklagt, so Ronneburg, und natürlich werde auch Berlin Auseinandersetzungen haben, denn „Uber & Co. werden nie loslassen, die werden immer versuchen, alle rechtlichen Möglichkeiten, die sie haben, zu nutzen.“ Mittlerweile gebe es aber ein Urteil, das ganz klar sage: Die Mindestentgelte sind zulässig. Daher müsse Berlin jetzt handeln. Über die Frage, wie hoch die Fahrpreise sein dürfen, könne man sich später noch streiten.

BVTM-Geschäftsführer Michael Oppermann sagte, Uber & Co. tanzen den Taxifahrern, der Stadt und dem Rechtsstaat auf der Nase herum. Zwar habe man die „komplett Illegalen“ von der Straße genommen, doch seien Sozialdumping, Schwarzarbeit und Ausbeutung von

Fahrern weiter an der Tagesordnung. „Deswegen müssen die Mindestentgelte kommen und sie müssen schnell kommen.“ Nachdem gerichtlich bestätigt sei, dass die Behörden das dürfen, gehe es nun darum: Wollen sie das? Im Berliner Koalitionsvertrag stehe, man wolle alles machen, um klare Regeln für alle Formen des öffentlichen Verkehrs aufzustellen.

Jetzt müsse die Koalition Wort halten. Der Regierende Bürgermeister Kai Wegner (CDU) stehe in der Verantwortung und müsse das einhalten, was die Koalition versprochen hat. Mindestfahrpreise für Mietwagen seien etwas gutes, was nun kommen müsse, und: „Es gibt nichts Gutes, außer Kai tut es.“ Wichtig sei, dass es „jetzt kommt“, da dem Taxigewerbe die Luft ausgehe. Es müsse in den letzten drei Wochen des Jahres noch „in’s Abgeordnetenhaus kommen“. Es würde Berlin gut zu Gesicht stehen, die erste Millionenstadt mit Mindestfahrpreisen für Mietwagen zu sein.

Letzter planmäßiger Redner war Andreas Komrowski von der Arbeitsgemeinschaft Taxi bei der Gewerkschaft ver.di, der wie seine Vorredner bereits auf anderen Demonstrationen gesprochen hatte. Komrowski sagte, er sei seit 30 Jahren angestellter Taxifahrer, werde seinen Arbeitsplatz jedoch voraussichtlich in knapp vier Monaten verlieren, da der ruinöse Dumpingwettbewerb von Uber seine Firma zur Schließung bringen würde. Er sei nicht bereit, für eine Bezahlung unterhalb des gesetzlichen Mindestlohns zu arbeiten. Die vom Taxigewerbe geforderten Mindestentgelte für Mietwagen sieht Komrowski als „übergangsweise Maßnahme zur Eindämmung der illegal ins Taxigeschäft eingedrungenen“ App-vermittelten Mietwagen.



Der Berliner Taxi-Soziallotse Klaus Meier (links) posierte für ein Selfie mit dem Taxi-Times-Redakteur Axel Rühle.

Da diese Maßnahme alleine nicht genügen werde, fordert ver.di darüber hinaus vom LABO Transparenz in Form öffentlich einsehbarer Taxistatistiken, Beteiligung der Gewerkschaft an Genehmigungsvorgängen für Taxis und Mietwagen, wirksame Kontrollen der Zahlung des Mindestlohns im Mietwagen- und auch im Taxigewerbe, Konzessionsentzug von

Betrieben, die diesen Regeln nicht nachkommen. Zudem müsse Taxifahrer ein Beruf mit anerkannter Qualifikation werden, um Qualität und „würdige“ Entlohnung sicherzustellen.



Im Verlauf der Veranstaltung änderte sich das Wetter komplett.

Schließlich hielt Taxiunternehmer Klaus Fischer spontan eine Rede. Er beklagte die Desillusionierung zahlreicher Taxiunternehmer und kritisierte die Abschaffung der Ortskundeprüfung. Er thematisierte leidenschaftlich den Verdruss über Uber & Co., stellte aber eine beginnende Rückkehr von abgewanderten Fahrgästen fest, die mit Mietwagen unzufrieden seien. Dennoch habe die Abschaffung der Ortskundeprüfung zu einem Qualitätsverlust auch im Taxigewerbe geführt, der den Ruf der Branche schwer schädige. Wie sein Vorredner sprach er sich für die Einführung einer Fachkundeprüfung auf Landesebene aus. Hier lassen die Landesverbände seiner Meinung nach Engagement vermissen. Internet und Navigationsgeräte seien kein adäquater Ersatz für Fachwissen. Zudem zeige die Abwesenheit von Uber-Mietwagen in Städten wie Hamburg, in denen die Behörden effektiv kontrollieren, dass die plattformvermittelten Mietwagen nur abzocken wollten.

Bei bester Laune: BVTM-Vizepräsident Hermann Waldner hatte den Berliner SPD-Fraktionsvorsitzenden Raed Saleh zum Aufsetzen einer (farblich zum Anzug passenden) Mütze mit dem gelben Demo-Motiv des Bundesverbandes überredet. Der machte den Spaß mit und ließ sich fotografieren, was auch Tino Schopf, Michael Oppermann und Jens Schmiljun amüsierte (v.r.n.l.). Moderator Timuçin Çampınar dankte den Teilnehmern nochmals für ihr Erscheinen und beendete die Veranstaltung – bei strahlendem Sonnenschein, der mittlerweile herrschte. ar

Sonja von Rein mit ihrem selbst gestalteten Tiffany-Taxi

alle Fotos: Taxi Times

Datum: 07.12.2024	Medium: Berlier Woche
Berliner Woche	Autor: Manuela Frey Thema: David Paul

Gerechte Verteilung auf alle Bezirke

PRENZLAUER BERG: Flüchtlingsheim auf dem Areal des Alten Schlachthofs geplant / Bürger zeigen sich aufgeschlossen

von Sebastian Struwe

„Kann schon sein, dass sich hier der eine oder andere Sorgen macht, aber in den 90ern haben sie das auch gemacht, weil die Wessis hergekommen sind“, resümiert Anwohner Thomas nicht ohne Süffisanz. Worum es hier geht, sind keine Wessis, sondern Flüchtlinge, die im Alten Schlachthof in Prenzlauer Berg eine neue Unterkunft beziehen sollen.

Irgendwo müssten die Menschen leben, so Thomas. Auch wenn klar sei, dass es auch mal „Reibereien“ geben werde, findet der Passant, sieht aber auch ein klares Problem: die ungünstige Infrastruktur hier, unweit des S-Bahnhofs Storkower Straße im Südosten von Pankow. So seien die Grundschulen in der Nähe „komplett voll“.

Im zweiten Quartal 2025 soll der Bau beginnen

Die Berliner Morgenpost möchte an einem Vormittag wissen, was die hier lebenden Menschen über die geplante Unterkunft sagen, die auf Drängen des Landesamts für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF) auf dem Areal entstehen soll, um das Ankunftszenrum Tegel mit seinen prekären Verhältnissen weiter zu entlasten. Schon in zweiten Quartal 2025 soll der Bau beginnen. Allerdings in einem Bezirk, der aufgrund seiner vergleichsweise zahlreichen Frei- und Gewerbeflächen schon jetzt die meisten Flüchtlinge in Berlin beherbergt.



Das Entwicklungsgebiet Alter Schlachthof befindet sich zwischen Eldenaer Straße und S-Bahnhof Storkower Straße. Foto: Sebastian Struwe/Berliner Morgenpost

In die gleiche Kerbe wie Thomas schlägt eine Mutter und Erzieherin, die in einer Kita mit sehr hohem Migrationsanteil arbeitet, wie sie sagt: „Es funktioniert und macht Spaß, aber es hat alles seine Kapazitätsgrenzen. Man muss schauen, wie man die Menschen integrieren kann – auch in den Arbeitsmarkt.“ Aber Angst vor den Fremden selbst? „Ich bin noch keinem Flüchtling begegnet, der mir dämlich gekommen wäre. Idioten gibt es überall, da ist die Nationalität egal.“ Passantin Sigrid findet nicht in Ordnung, dass sich andere Bezirke „bei der Verteilung einen schlanken Fuß“ machten.

Alle Fußgänger, um deren Meinung die Morgenpost bittet, äußern sich grundsätzlich zugewandt und menschenfreundlich – eine ermutigende

Beobachtung vor dem Hintergrund des Erstarkens des rechten Randes und des Schürens von Ängsten gegen das Fremde in vielen Teilen auch Berlins. Umso mehr, da die Bürger dabei nicht den Blick für die Realität verlieren. Und umso erwähnenswerter, da der Bezirk selbst sich wesentlich kritischer im Zusammenhang mit den Planungen für den Alten Schlachthof äußert.

„Die Gegend kann keine zusätzliche Unterkunft schultern“, erklärt ein Sprecher von Bürgermeisterin Cordelia Koch (Grüne) auf Morgenpost-Anfrage. Er argumentiert, dass an der Storkower Straße und in den umliegenden Gebieten bereits „überproportional viele Menschen mit Flucht- und Migrationshintergrund“ untergebracht seien. Und das bei schwacher

sozialer Infrastruktur. „Der Mangel an Schulplätzen und Lehrpersonal sowie die Überlastung der bezirklichen Verwaltung“ belaste die Region erheblich, so der Bezirk, der gleich eine ganze Reihe an Maßnahmen vom Land Berlin fordert.

Neben der Schaffung kleinerer Unterkünfte und ihrer belastungsgerechteren Verteilung in Berlin will das Bezirksamt, dass die Fluchtmigration in die Bevölkerungsprognose eingerechnet wird, „um langfristig adäquat Ressourcen zu planen“. Gemeint ist der Ausbau der sozialen Infrastruktur, die den Bezirken durch die Einführung einer Gemeinschaftspauschale ermöglicht werden soll. Insbesondere der Ausbau von Schulen, Willkommensklassen und psychologischen Unterstützungsangeboten sei essen-

ziell. Soziale Infrastruktur und gerechte Verteilung als Knackpunkte – da sind sich selbst Christ-, Sozialdemokraten und Linke mal einig. Der Pankower CDU-Abgeordnete David Paul fordert einen Stopp weiterer Unterkünfte, „mindestens bis die westlichen Bezirke aufgeholt haben“. Die Vorsitzenden der Linksfraktion, Maria Bigos und Maximilian Schirmer, sehen das Kernproblem in „kaputtgesparten Bezirken“ mit fehlender Infrastruktur. „Seit Jahren fehlt es an allen Ecken und Enden an Schulplätzen, an Begegnungsräumen, an Jugendhilfeeinrichtungen. Soziale Einrichtungen sind essenziell für das Miteinander in den Kiezen und jetzt wird genau in diesen Bereichen noch weiter gespart“, sagen sie. Es sei daher Sache des Senats, die Bezirke finanziell zu unterstützen.

Datum: 11.12.2024	Medium: Berliner Morgenpost
Berliner Morgenpost	Autor: Thomas Schubert Thema: Lars Bocian

Elisabeth-Aue: Die konkreten Pläne für das neue Riesen-Quartier



Auf diesem Feld löst Berlin seine Not mit Wohnungen und der Unterbringung von Flüchtlingen: Die Elisabeth-Aue im Bezirk Pankow wird voll bebaut. © Berliner Morgenpost | Thomas Schubert

Berlin. Der Berliner Senat enthüllt seine Pläne für eines der größten neuen Stadtquartiere. Sofort entbrennt Streit um die Flüchtlingsunterkunft.

„Der Ringschluss der Tram bietet Entlastung für überfüllte Bahnen, aber auch eine bessere Verbindung zwischen Niederschönhausen, Rosenthal und Französisch Buchholz. Als Erschließung für die Elisabeth-Aue wird auch der Ringschluss nicht ausreichen, zumal

die Alte Schäferei auch mit einer Stich-Strecke angebunden werden wird“, wendet **Bocian** ein.


„Bei einer Bebauung, wie es jetzt von der Senatsverwaltung Stadtentwicklung angedacht ist, würden sich die **Bewohner an dieser Strecke dann verdoppeln**“, warnt **Bocian** vor einer Überlastung der Verkehrsinfrastruktur.

Bocian: „Die entstehenden Wohnungen zuerst für die Flüchtlingsunterbringung zu nutzen, halte ich für falsch. Das setzt falsche Zeichen. Die Wohnungen müssen **für alle Berliner zugänglich** sein.“

Lieber Leser,

ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

<https://www.morgenpost.de/bezirke/pankow/article407865929/berlin-pankow-elisabeth-aue-bekommt-ring-strassenbahn-5000-neue-wohnungen-auch-fuer-fluechtlinge.html>

Datum: 12/2024	Medium: Bucher Bote
 <p>Die erste Lokalzeitung für Buch, Karow, Panketal und Umgebung</p>	<p>Autor: Kristiane Spitz</p> <p>Thema: Johannes Kraft</p>

Kinderwünsche erfüllen

BUCH – Die Pankower CDU-Abgeordneten Johannes Kraft und Lars Bocian haben auch in diesem Jahr wieder einen Weihnachtswunschbaum für gute Zwecke in ihrem Bürgerbüro in der Berliner Str. 5 in Französisch Buchholz aufgestellt. Jeder, der etwas Gutes tun will, kann zu den Öffnungszeiten (Di-Do 10-17 Uhr, Fr 10-16 Uhr) vorbeikommen, einen Zettel mit einem Weihnachtswunsch vom Baum pflücken und ihn erfüllen. Die Wünsche stammen von Kindern aus dem Ronald McDonald Haus in Buch sowie von der Björn-Schulz-Stiftung in Niederschönhausen. Die Aktion läuft noch bis 19. 12.2024.

**Wunschbaum
im Advent**


*Ein Lächeln schenken
mit dem Wunschbaum!*

*für das Ronald McDonald Haus
Kinderwünsche erfüllen
in meinem Bürgerbüro
Berliner Str. 5, 13127 Berlin
Di-Do: 10-17 Uhr
Fr: 10-16 Uhr
oder unter 030.94396916*



Joh. Kraft
Ihr Johannes Kraft

Für Buch. Für Buchholz. Für Karow.
030/943 96 916
kraft@johannes-kraft.de 

Datum: 12/2024	Medium: Bucher Bote
 <p>Die erste Lokalzeitung für Buch, Karow, Blanken- und Umgebung</p>	Autor: Kristiane Spitz Thema: Johannes Kraft

Polizeiwache? Senat sieht keinen Bedarf

Innenverwaltung stellt leichten Rückgang der Kriminalität in Pankows Norden fest

Sobald etwas Kriminelles in Buch und Umgebung passiert, wird der Ruf nach einer festen Polizeiwache im Pankower Norden hörbar. Seit einigen Jahren gibt es dafür auch Vorstöße in der Bezirksverordnetenversammlung Pankow und im Berliner Senat. Der CDU-Wahlkreisabgeordnete Johannes Kraft hat nicht das erste Mal bei der Senatsinnenverwaltung nachgefragt, warum Buch trotz erhöhter Einsatzzahlen und der relativ weiten Entfernung zur zuständigen Wache in Weißensee keine Polizeistation bekomme. Auf seine Anfrage antwortete Senatorin Iris Spranger: »Im gesamten Zuständigkeitsbereich des Abschnitts 14 sind die Einsatzzahlen im Funkwageneinsatzdienst gestiegen.« Zum Polizeiabschnitt 14 zählen die Ortsteile Blankenburg, Karow und Buch neben Weißensee, Heinersdorf und Stadtrandsiedlung Malchow. Die Kriminalität in Buch steige aber nicht, betonte sie. »Der Ortsteil Buch stellt in der Kriminalitätsentwicklung keinen polizeilichen Brennpunkt dar. In den Ortsteilen Buch, Karow und Blankenburg ist im Jahr 2023 ein Rückgang der Kriminalität festzustellen.« Anlässe für die Funkwageneinsätze waren 2023 in Buch, Karow und Blanken-

Einsatzzahlen der Polizei in Buch, Karow, Blankenburg der vergangenen Jahre:

2021	Buch	Karow	Blankenburg
	3.074	1.418	689
2022	Buch	Karow	Blankenburg
	3.494	1.599	768
2023	Buch	Karow	Blankenburg
	3.197	1.525	703
2024 (bis 18.9.)	Buch	Karow	Blankenburg
	2.478	1.159	532

burg besonders häufig folgende Delikte: Bedrohung & Belästigung (77 Fälle in Buch; 34 in Karow, 9 in Blankenburg), Diebstahl (198 in Buch; 68 in Karow, 8 in Blb.), Einbruch (31 in Buch, 36 in Karow, 26 in Blb.), Feuer (38 in Buch, 12 in Karow, 11 in Blb.), Fahrzeugüberprüfung (128 in Buch, 59 in Karow, 69 in Blb.), gesuchte Person (19 in Buch, 6 in Karow, 1 in Blb.), Hausfriedensbruch (131 in Buch, 29 in Karow, 6 in Blb.), häusliche Gewalt (95 in Buch, 41 in Karow, 7 in Blb.), hilflose Person (74 in Buch, 28 in Karow, 15 in Blb.), Körperverletzung (113 in Buch, 24 in Karow, 12 in Blb.), randalierende Person (102 in Buch, 27 in Karow, 18 in Blb.), Sicherung des Rettungshubschraubers (120 in Buch, 45 in Karow, 6 in Blb.), Selbsttötungsversuch (47 in Buch, 22 in Karow, 6 in Blb.), tote Person (33 in Buch,

15 in Karow, 6 in Blb.), unzulässiger Lärm (154 in Buch, 105 in Karow, 56 in Blb.), verhaltensauffällige Person (64 in Buch, 19 in Karow, 12 in Blb.), vermisste Person (135 in Buch, 25 in Karow, 17 in Blb.), Verdacht Straftat (152 in Buch, 78 in Karow, 30 in Blb.), Verkehrsunfall (285 in Buch, 206 in Karow, 76 in Blb.), unerlaubtes Entfernen vom Unfallort (117 in Buch, 60 in Karow, 19 in Blb.).

Eine wichtige Frage bei der Forderung nach einer Polizeiwache für den Norden sind auch die Eintreffzeiten der alarmierten Funkwagen. Die Senatsverwaltung hantiert hier mit Medianwerten (in min):

2023	Buch	Karow	Blankenburg
eilbedürftig	13:26	12:24	10:59
nicht eillbed.	35:59	34:04	28:58

2024 (bis 18.9.)	Buch	Karow	Blankenburg
eilbedürftig	12:49	11:44	10:15
nicht eillbed.	33:20	32:35	26:09

Auch wenn die Einsatzzahlen in Buch gegenüber den anderen beiden Ortsteilen deutlich höher liegen, bekräftigt die Senatorin: »Der Ortsteil Buch stellt im landesweiten Vergleich keinen Brennpunkt dar.« Die Polizei-Präsenz sei durch eine zusätzliche Funkwagenstreife, die mobile Wache, Fahrrad-Streifen und einen zusätzlichen Kontaktbereichsbeamten verstärkt (KoB 100) worden. *Kristiane Spitz*

Datum: 14.12.2024	Medium: Berliner Woche
<h1>Berliner Woche</h1>	Autor: Thomas Schubert
	Thema: Manuela Anders-Granitzki

Pankow bittet andere Bezirke um Hilfe

PANKOW: Kiezblocks, Fahrradstraßen, Baustellenplanung: Einer Behörde droht die völlige Überlastung

von Thomas Schubert

Null statt der ursprünglich zwei bis drei geplanten neuen Fahrradstraßen im Jahr 2024. Keine Umgestaltung des Kiezblocks im Komponistenviertel trotz Geisterfahrer-Problematik. Kein neuer Kiezblock für Prenzlauer Berg trotz Anwohner-Info schon im Herbst 2023: Dass der Bezirk Pankow Pläne mit konkreten Terminen aufgeben und Verkehrsprojekte aufschieben muss, hat immer denselben Grund. In der Straßenverkehrsbehörde des 424 000 Einwohner großen Bezirks laufen derart viele Vorgänge auf, dass die Mitarbeiter ihr Pensum nicht schaffen.

Sogar CDU-Verkehrsstadträtin Manuela Anders-Granitzki persönlich half als kommissarische Leiterin beim Genehmigen von Vorhaben, weil die Experten in ihrer Abteilung krankgeschrieben sind – oder freie Posten monatelang vakant bleiben. Auf Dauer ist diese Art von Quereinstieg in der kriselnden Straßenverkehrsbehörde aber nicht zu halten. Und so hat Anders-Granitzki nun eine Art Notruf an alle anderen Bezirke gesen-



Planungen für Fahrradstraßen in Pankow hinken teilweise um Jahre den Terminprognosen hinterher. Nun will sich der Bezirk Pankow Hilfe holen – nicht zum ersten Mal. Foto: Thomas Schubert/Berliner Morgenpost

det. Genauer gesagt: ein sogenanntes Ersuchen auf Amtshilfe. Was bedeutet, dass Fachkräfte von personell stärker aufgestellten Bezirken in Pankow aushelfen. So wie es vor Jahren schon einmal geschah, als Friedrichshain-Kreuzberg in die Fahrradstraßen-Planung für Prenzlauer Berg mit einstieg. Jetzt der zweite Versuch: „Wir haben alle Straßenverkehrsbehörden angeschrieben und um Hilfe gebeten. Es gab aber nur zwei positive Rückmeldungen. Und am

Ende hat ein Bezirk in Aussicht gestellt, dass wir einen zusätzlichen Mitarbeiter auf Zeit erhalten“, berichtet Anders-Granitzki nun an die Bezirksverordneten. Dass wenigstens eine „ausgeborgte“ Kraft einsteigt, nennt die Stadträtin ein „sehr, sehr positives Signal“. Zugleich will man in Pankow prüfen, wie sich durch Digitalisierung bei der Abnahme und Genehmigung die Vorgänge beschleunigen lassen – allerdings mit bislang ernüchternden Ergebnissen. „Es gibt nicht

das Potenzial, dass wir uns erhofft hatten“, heißt es.

Dass die Fraktionen von SPD und Linke nun einen Beschluss erwirkt haben, wonach Pankow um Amtshilfe bitten soll, unterstreicht die Dringlichkeit, zu Lösungen für offene Projekte zu kommen. Aber die Verkehrsstadträtin sucht diesen Ausweg ohnehin. Insgesamt stecke man in einer „besonders herausfordernden Situation in Pankow, mit einigen Langzeiterkrankten“, so

Anders-Granitzki. Sowohl der Leiter des Straßen- und Grünflächenamtes als auch sie selbst hätten in der Führung der Straßenbehörde ausgeholfen. Ab Januar werde sich immerhin eine neue Mitarbeiterin speziell um die Widmung von Schwerbehindertenparkplätzen kümmern – wo eine hohe Dringlichkeit bestehe. Auch das Anordnen von Baustellenbeschilderungen koste viel Kraft, die bei anderen Projekten fehle. Von 16 Planstellen seien zwar nominell nur zwei unbesetzt, aber die Last der Erkrankungen in Verbindung mit der Vielzahl von Vorhaben – darin liegt das Problem.

Auch Abgeordnete auf Landesebene, wie SPD-Mann Tino Schopf aus Prenzlauer Berg, fordern den Bezirk dazu auf, sich eben deshalb Hilfe zu holen und „lieber rechtzeitig die weiße Fahne zu hissen“, wie Schopf es formuliert. Nach Morgenpost-Informationen sind auch ganz neue, größer gedachte Lösungen in Prüfung. So könnte eventuell die Radverkehrsgesellschaft Infra-velo in die Ausarbeitung von Pankower Fahrradstraßenprojekten einsteigen. Ob es klappt – das entscheidet sich in den kommenden Wochen.

Datum: 14.12.2024	Medium: Berliner Woche
Berliner Woche	Autor: Thomas Schubert Thema: Manuela Anders-Granitzki

Ab 16. Dezember fährt der Kiezbus

- BLANKENBURG.** Am Montag, 16. Dezember, nimmt der neue Kiezbus (Linie 358 der BVG) seinen Betrieb auf. In Zusammenarbeit mit dem Senat und der BVG hat das Bezirksamt die
- Planung und Umsetzung der baulichen Maßnahmen federführend übernommen. Die neue Linie verkehrt werktags auf zwei Routen jeweils westlich und östlich der S-Bahntrasse im Einrichtungsverkehr und verbindet die beiden Wohngebiete mit dem S-Bahnhof Blankenburg. Mit insgesamt 16
 - 1 neuen Bushaltestellen wird die Nahverkehrsanbindung für Blankenburg deutlich verbessert. Die Haltestellen wurden zunächst provisorisch angelegt und sollen zusammen mit einer späteren Straßensanierung dauerhaft errichtet werden.
 - › Die Kosten für die Bauleistungen belaufen sich auf insgesamt 166 597,70 Euro und wurden von der Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verkehr und Klimaschutz zur Verfügung gestellt. Dazu Manuela Anders-Granitzki (CDU), Stadträtin für Ordnung und Öffentlicher Raum: „Endlich bekommt der Ortsteil eine weitere, dringend benötigte Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr. Der Start der Kiezbuslinie in Blankenburg ist ein wichtiger Schritt in die absolut richtige Richtung.“ **my**

Datum: 14.12.2024	Medium: Berliner Woche
Berliner Woche	Autor: Thomas Schubert Thema: Daniel Hauer

Milieuschutz birgt Sprengstoff

WEISSENSEE: Seit über einem Jahr tobt ein Streit um drei Wohnsiedlungen am Weißen See

von Thomas Schubert

Kommt Pankows neuestes Milieuschutzgebiet – oder kommt es nicht? Seit einem Jahr bleiben Mieter und Vermieter von drei Wohnsiedlungen rund um den Weißen See im Unklaren.

Auch die dritte Debatte im Bauausschuss innerhalb von zwölf Monaten bringt Bewohner einer neuen Verordnung zum Schutz vor Verdrängung keinen Schritt näher. Denn es herrscht hitziger Streit darüber, welche Stadtgebiete man gegen Luxussanierungen absichern darf. Und wo ein voreiliger Beschluss dazu führen könnte, dass klagefreudige

Wohnungseigentümer die gesamte Verordnung gerichtlich kippen. Doch zu dieser Angst von Baustadtrat Cornelius Bechtler (Grüne) gleich mehr.

Worum es hier geht, ist der Dauerstreit um das Milieuschutzgebiet Weißer See. Ein Konflikt um die Sorge, dass rund 13 000 Mieter derart in Zahlungsnot kommen, dass sie wegziehen müssen. Es ist ein Fall im Bezirk mit den meisten Schutzgebieten (Pankow hat bereits 14 davon), der bald ins dritte Jahr geht.

Schon im Jahre 2022 beschloss eine rot-rot-grüne Mehrheit in Pankows Bezirksverordnetenversammlung, ein

Gutachten in Auftrag zu geben, um die Kriterien für eine weitere Schutzsatzung im Stadtgebiet zwischen der Straße Am Steinberg und der Hansastraße zu prüfen. Das Ergebnis ist nun genau ein Jahr bekannt. Und trotzdem kommen die Fraktionen im Bauausschuss zu keinem Ergebnis. Im Gegenteil: Jetzt steht sogar die Möglichkeit im Raum, dass ein völlig neues Gutachten her muss. Denn Grünen, Linken und SPD gehen die Empfehlungen für eine Schutzverordnung von nur 7100 der 13 000 Mietparteien nicht weit genug.

Dass die Gutachter des Fachbüros „Stern“ in den restlichen

Fällen kein Verdrängungsrisiko sehen, will vor allem Fred Bordfeld (Linke) und Roland Schröder (SPD) nicht einleuchten. Die Gutachter-These lautet: Es braucht dort keine strenge Schutzverordnung gegen luxuriöse und teure Sanierungsmaßnahmen, weil der Denkmalschutz im östlichsten Teilgebiet der Untersuchung solche Umbauten bereits erschwert.

„Wir teilen die Einschätzung nicht, dass der Denkmalschutz die Verdrängungsgefahr überlagert“, warnt der Linken-Politiker Fred Bordfeld vor einem voreiligen Beschluss.

Lesen Sie weiter auf Seite 6.

Milieuschutz – ja oder nein?

WEISSENSEE: Zweites Gutachten soll Rechtssicherheit bringen

Fortsetzung von Seite 1

Dauerstreit um das Milieuschutzgebiet Weißer See. Kommt es oder nicht oder nur in Teilen, für etwas mehr als die Hälfte der betroffenen Bewohner?

Auch Roland Schröder (SPD) will die Gutachter-These nicht einleuchten, die besagt: Es brauche dort keine strenge Schutzverordnung gegen luxuriöse und teure Sanierungsmaßnahmen, weil der Denkmalschutz im östlichsten Teilgebiet der Untersuchung solche Umbauten bereits erschwert.

Schröder sieht eine „inkonsistente Argumentationskette“ – weil auch in den zwei von Gutachtern empfohlenen Teilgebieten mit 7100 Mietern Denkmalwohnungen im Bereich der Albertinenstraße und der Kunsthochschule Weißensee existieren. Und man hier aber trotz Denkmalschutz eine hohe Verdrängungsgefahr erkennt. Schröders Befürchtung: Wenn


das Denkmalargument in zwei Teilgebieten der 13 000 Haushalte ignoriert wird, aber im dritten Gebiet als Ablehnungsgrund für Milieuschutz gilt, könnten Immobilieneigentümer die gesamte Verordnung per Klage kippen.

Eben davor sorgt sich auch Baustadtrat Bechtler: „Wenn wir Zweifel haben, dann sollten wir einen zweiten Gutachter beauftragen, damit wir ein wirklich rechtssicheres Ergebnis haben“, beschreibt der Grünen-Politiker den Ausweg. Doch dann stellt sich die nächste Frage: Sollte ein zweites Gutachterbüro nur die derzeit strittigen 5900 Wohnungen im östlichen Teilgebiet unter die Lupe nehmen? Oder startet das Bezirksamt eine komplett neue Untersuchung für alle 13 000 Haushalte, um eine einheitliche Sicht der Dinge zu bekommen?

Christoph Speckmann, der Milieuschutz-Experte des Bezirksamts, wirbt für eine kleinere Teiluntersuchung des strittigen

Gebiets mit gutachterlicher Zweitmeinung. „Es würde sich lohnen, um juristische Expertise einzuholen“, empfiehlt er die kleinere Lösung. Und auf die läuft es nach der neuesten Debatte im Bauausschuss auch hinaus. Grundsätzlich skeptisch bleibt nur die Pankower CDU, die eine starke Regulierung des Wohnungsmarkts kritisch sieht. Für den Christdemokraten Daniel Hauer zeigt der Streit um das Milieuschutzgebiet Weißer See die grundsätzlichen Schwierigkeiten, Kriterien zu nennen und sie für ein Gebiet zu verallgemeinern.

Egal, wie es kommt: Grundsätzlich ist die politische Bereitschaft, ein weiteres Milieuschutzgebiet im Bezirk zu benennen, hoch. Denn das erste Gutachten zeigt eines deutlich: Gerade dort, wo Weißensee an Prenzlauer Berg angrenzt, schossen die Angebotsmieten in den vergangenen Jahren um bis zu 65 Prozent in die Höhe. Wohnen in Weißensee ist also viel teurer geworden.

Datum: 17.12.2024	Medium: Berliner Zeitung
	Autor: blz Thema: Johannes Kraft

Mehr Sicherheit in der Siverstorpstraße

Ein Antrag in der BVV zielt darauf, den Verkehrsfluss besser zuregeln.

PANKOW. Der CDU-Abgeordnete Johannes Kraft setzt sich für die Sicherheit von Schulwegen in der Siverstorpstraße in Karow ein. Kraft hat gemeinsam mit der BVV-Fraktion Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit von Schulwegen in der Siverstorpstraße in Karow vorgeschlagen. Die Siverstorpstraße wird intensiv genutzt, da sie das Wohngebiet erschließt. Gleichzeitig befinden sich in un- mittelbarer Nähe zwei Kindertagesstätten, zwei öffentliche Spielplätze und der Abenteuerspielplatz „ASP INGE“.

Aufgrund der schmalen Straßenverhältnisse weichen Fahrzeuge oft auf den Gehweg aus, was für Kinder, Jugendliche und Eltern mit Kinderwagen ein erhebliches Sicherheitsrisiko darstellt. In einem Antrag fordert die CDU Fraktion, dass auf der Fahrbahn der Siverstorpstraße ein Piktogramm mit dem Hinweis „Achtung Kinder“ aufgebracht wird, um die Aufmerksamkeit der Autofahrer zu erhöhen und die Sicherheit für Fußgänger, insbesondere für Kinder, zu verbessern. Johannes Kraft betonte die Wichtigkeit dieser Maßnahme: „Den Straßenverkehr für alle sicherer zu machen, ist eines unserer Kernanliegen. Vor allem der Schutz von Kindern und Jugendlichen auf dem Weg zur Schule und Kita hat für uns oberste Priorität.“ Weiter führte er aus, dass die CDU beobachten werde, ob diese Maßnahme die erhoffte Wirkung zeigt, oder ob zusätzliche Maßnahmen erforderlich sind.

Die CDU-Fraktion hofft, dass durch die neuen Maßnahmen die Sicherheit in der Siverstorpstraße signifikant erhöht wird. Ziel ist es, den Verkehrsfluss zu regeln, ohne die Sicherheit von Fußgängern zu gefährden. Kraft äußerte sich optimistisch, dass durch die vorgeschlagenen Änderungen ein positiver Effekt erzielt werden kann. Die CDU weist darauf hin, dass weitere Schritte nötig sein könnten, sollten die angedachten Maßnahmen nicht den gewünschten Erfolg bringen. Der Fokus liegt darauf, die Sicherheit der jüngsten Verkehrsteilnehmer zu gewährleisten und mögliche Gefahren zu minimieren.

Der Antrag der CDU in der BW Pankow wird voraussichtlich in den kommenden Wochendiskutiert. Die Fraktion erwartet, dass die vorgeschlagenen Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung und Steigerung der Aufmerksamkeit für die Fußgängersicherheit in der Siverstorpstraße bald umgesetzt werden. Die Initiative steht im Einklang mit dem Bestrebender CDU, die Lebensqualität in Pankow zu erhöhen und einen sicheren Schulweg für Kinder zu gewährleisten. Der Erfolg hängt jedoch von der Unterstützung durch die Bezirksverordnetenversammlung und die Umsetzung durch das Bezirksamt ab. Kraft und die CDU-Fraktion heben hervor, dass langfristige Lösungen notwendig sind, um eine dauerhafte Verbesserung der Verkehrssicherheit zu erreichen. Der Prozess, die notwendigen Maßnahmen zu planen und auszuführen, wird Zeit in Anspruch nehmen. Die CDU Pankow bleibt jedoch optimistisch und engagiert sich weiterhin für eine positive Änderung im Sinne der Bürger. (BT7)

Datum: 18.12.2024	Medium: Berliner Morgenpost
Berliner Morgenpost	Autor: Thomas Schubert Thema: Lars Bocian

MAXIMALES BAUVOLUMEN

Wohnungsbau statt Kleingarten-Park: Dieser Wunschtraum platzt

18.12.2024, 16:15 Uhr • Lesezeit: 4 Minuten



Von **Thomas Schubert**

Leiter Bezirke



Wohnungsbau schlägt Kleingarten-Wunschtraum: Auf einem Pankower Acker wendet sich das Blatt – und ein Traum von neuen Lauben in einem Stadtpark wird zur Illusion. (Symbolfoto)© www.blossey.eu / FUNKE Foto Service | Hans Blossey

Berlin. Berlin setzt bei einem Großprojekt auf maximalen Wohnungsbau. Eine Vision, an der Pankows Kleingartenverband beteiligt war, ist damit tot.

Unzufrieden mit dieser **Programmatik** zeigt sich der [CDU-Abgeordnete Lars Bocian](#), der ohnehin schon Schwächen bei der Verkehrsanbindung des Quartiers mit Straßenbahnen und Bussen befürchtet. „Das Konzept des Kleingartenparks ist Beschluss-sache in Pankow. Ein Teil der Elisabeth-Aue sollte dafür eingeplant werden“, hält er dem Plan der Vollbebauung entgegen.

Lieber Leser,

ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

<https://www.morgenpost.de/bezirke/pankow/article407926990/wohnungsbau-statt-kleingarten-park-dieser-wunschtraum-platzt.html>

Datum: 23.12.2024	Medium: Berliner Morgenpost
Berliner Morgenpost	Autor: Joachim Fahrn Thema: Lars Bocian

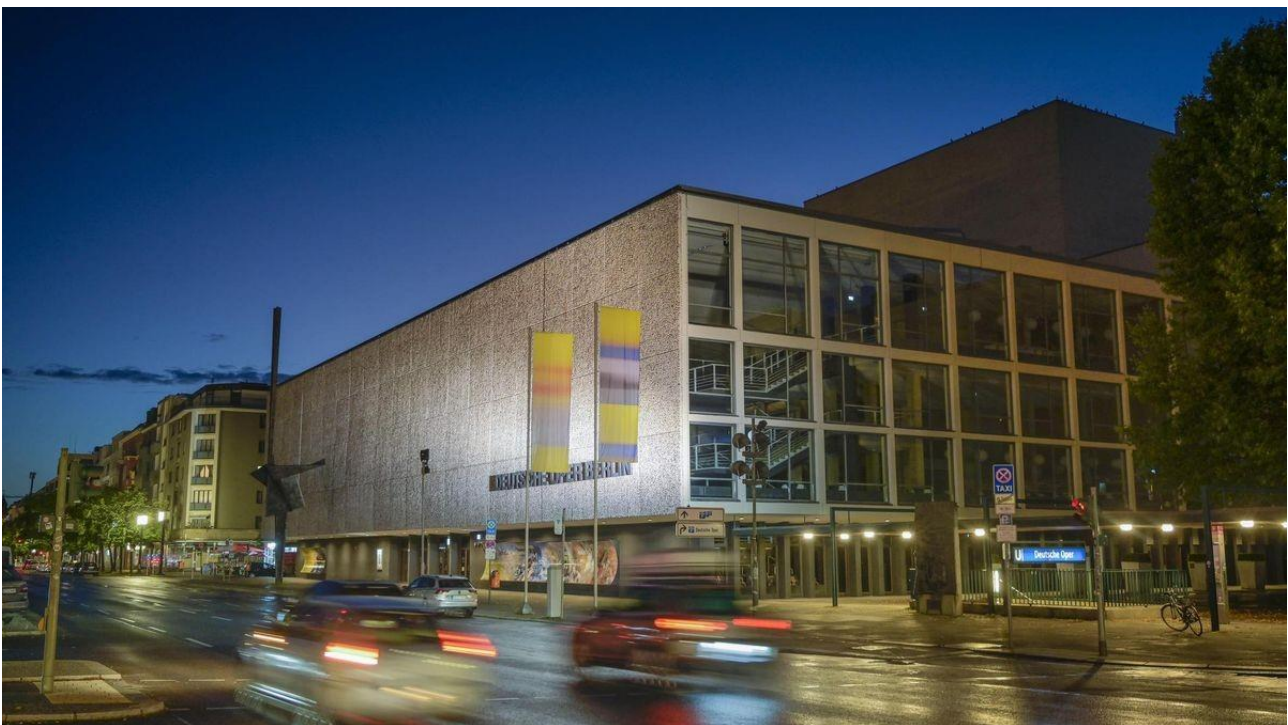
Wie Corona das Interesse an Live-Kultur beeinträchtigt hat

23.12.2024, 11:56 Uhr • Lesezeit: 6 Minuten



Von **Joachim Fahrn**

Chefreporter Landespolitik



Die Deutsche Oper an der Bismarckstraße: Nur 15 Prozent aller Berlinerinnen und Berliner über 15 Jahren waren 2023 in einem Opernhaus. © picture alliance / Schoening | Schoening

Berlin. Der Senat misst die Wahrscheinlichkeit, ob Menschen in Theater, Veranstaltungen oder Konzerte gehen. Sie ist deutlich gesunken.

Lieber Leser,

ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

<https://www.morgenpost.de/berlin/article407957282/wie-corona-das-interesse-an-live-kultur-beeintraechtigt-hat.html>